

## Substanzielles Protokoll 193. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 13. November 2013, 17.00 Uhr bis 18.56 Uhr, im Rathaus

---

Vorsitz: Präsident Martin Abele (Grüne)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Christina Hug (Grüne)

Substanzielles Protokoll: Doris Schibli

Anwesend: 120 Mitglieder

Abwesend: Hans Jörg Käppeli (SP), Philipp Käser (GLP), Roger Liebi (SVP), Mario Mariani (CVP), Karin Weyerermann (CVP)

---

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. [2013/360](#) \* Weisung vom 30.10.2013: VTE  
Motion der Fraktionen SP, Grüne und GLP betreffend Schaffung  
von zusätzlichem Platz für Fussgängerinnen und Fussgänger,  
Velofahrende und für Begegnungszonen rund um die  
städtischen Bahnhöfe auf die Eröffnung der Durchmesserlinie,  
Bericht und Abschreibung
3. [2013/361](#) \* Weisung vom 30.10.2013: VHB  
Immobilien-Bewirtschaftung, Hunzikerareal, Quartier Leutschen- VSS  
bach, Ausbau von Flächen für vier Kindergärten, Miete und  
Objektkredit
4. [2013/374](#) \* Weisung vom 06.11.2013: VSS  
Motion von Dr. Esther Straub (SP) und Christine Stokar Gasser  
(SP) betreffend Klassenmusizieren, Ausdehnung auf sämtliche  
Schulkreise
5. [2013/373](#) \* Einzelinitiative von Robert Baumann vom 28.10.2013:  
Kunsthhaus-Erweiterung, Verschiebung des Projekts aufgrund  
der städtischen Finanzlage
6. [2013/368](#) Beschlussantrag der SP- und Grüne-Fraktion vom 30.10.2013:  
Missstände in der Führung des ewz im Zusammenhang mit den  
sexuellen Belästigungen, Untersuchung und Bericht durch die  
Geschäftsprüfungskommission (GPK)
7. [2013/308](#) Weisung vom 11.09.2013: STR  
Zusatzkredite II. Serie 2013

8. [2009/216](#) Weisung vom 24.08.2011: FV  
Liegenschaftenverwaltung, Einzelinitiative von Catherine Rutherford, Projektierungskredit für eine kommunale Wohnsiedlung an der Leutschenbachstrasse, Quartier Seebach

\* Keine materielle Behandlung

## Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

## Geschäfte

4450. 2013/360  
**Weisung vom 30.10.2013:**  
**Motion der Fraktionen SP, Grüne und GLP betreffend Schaffung von zusätzlichem Platz für Fussgängerinnen und Fussgänger, Velofahrende und für Begegnungszonen rund um die städtischen Bahnhöfe auf die Eröffnung der Durchmesserlinie, Bericht und Abschreibung**

Zuweisung an die SK PD/V gemäss Beschluss des Büros vom 11. November 2013

4451. 2013/361  
**Weisung vom 30.10.2013:**  
**Immobilien-Bewirtschaftung, Hunzikerareal, Quartier Leutschenbach, Ausbau von Flächen für vier Kindergärten, Miete und Objektkredit**

Zuweisung an die SK PRD/SSD gemäss Beschluss des Büros vom 11. November 2013

4452. 2013/374  
**Weisung vom 06.11.2013:**  
**Motion von Dr. Esther Straub (SP) und Christine Stokar Gasser (SP) betreffend Klassenmusizieren, Ausdehnung auf sämtliche Schulkreise**

Zuweisung an die SK PRD/SSD gemäss Beschluss des Büros vom 11. November 2013

4453. 2013/373  
**Einzelinitiative von Robert Baumann vom 28.10.2013:**  
**Kunsthause-erweiterung, Verschiebung des Projekts aufgrund der städtischen Finanzlage**

Dem Büro des Gemeinderats ist am 28. Oktober 2013 vom Stimmberechtigten Robert Baumann eine Einzelinitiative eingereicht worden (vergleiche Protokoll-Nr. 4427/2013).

Die Einzelinitiative bedarf zur weiteren Behandlung der vorläufigen Unterstützung von mindestens 42 Mitgliedern des Gemeinderats (§ 139 Abs. 2 Gesetz über die politischen Rechte [GPR] in Verbindung mit § 96 Ziff. 4 und 6 Gemeindegesetz und Art. 15 Abs. 4 Gemeindeordnung).

Für die vorläufige Unterstützung der Einzelinitiative stimmen 6 Ratsmitglieder, womit das Quorum nicht erreicht ist.

Das Geschäft ist erledigt (§ 139 Abs. 3 GPR).

Mitteilung an den Stadtrat und an Robert Baumann, Hottingerstrasse 5, 8032 Zürich

**4454. 2013/368**

**Beschlussantrag der SP- und Grüne-Fraktion vom 30.10.2013:**

**Misstände in der Führung des ewz im Zusammenhang mit den sexuellen Belästigungen, Untersuchung und Bericht durch die Geschäftsprüfungskommission (GPK)**

***Min Li Marti (SP)** begründet den Beschlussantrag (vergleiche Protokoll-Nr. 4408/2013): In den Medien wurde kontrovers über den Fall berichtet. Es gehört zum Aufgabenbereich der Geschäftsprüfungskommission (GPK), dass sie den Fall genau untersucht, Massnahmen prüft, Empfehlungen abgibt und damit einen Beitrag zur Verbesserung der Betriebskultur und Vermeidung solcher Fälle in der Zukunft leisten kann.*

***Christoph Spiess (SD)** stellt den Ablehnungsantrag und begründet diesen: Es ist etwas vorgefallen, was nicht vorgefallen darf. Der Betroffene hat offenbar eingesehen, dass er einen Fehler gemacht hat. Er hat von sich aus gekündigt. Ist es nun sinnvoll, im ewz alles auseinanderzunehmen, alle möglichen Instanzen zu involvieren und aus einem Einzelfall einen grossen Skandal zu machen? Uns scheint, man wolle hier ein politisches Theater inszenieren. Die GPK hat wichtigere Aufgaben zu erledigen, als einen Bericht über diesen Fall zu verfassen.*

***Markus Hungerbühler (CVP)** stellt folgenden Textänderungsantrag: Wir begrüssen eine Untersuchung, schlagen aber vor, dass das Wort «Misstände» durch den Begriff «Situation» ersetzt wird. Ob es sich um wirkliche Misstände handelt, soll im Rahmen der Untersuchung durch die GPK geklärt werden. Man sollte der Untersuchung nicht vorgreifen.*

Weitere Wortmeldungen:

***Alecs Recher (AL):** Sollten die in den Medien kursierenden Vermutungen der Wahrheit entsprechen, hätten die ehemals Angestellten die Möglichkeit, Rechtsverfahren anzustreben und z.B. nach Gleichstellungsgesetz auf sexuelle Belästigung zu klagen. Deshalb möchten wir von Stadtrat Türler wissen, ob Verfahren hängig sind oder angestrebt werden. Sollte das nicht der Fall sein, nehmen wir den Beschlussantrag an. Andernfalls schlagen wir vor, den Zusatz «die GPK wird beauftragt, nach Abschluss aller Rechtsverfahren die Misstände...» anzufügen. Wir wären auch damit einverstanden, den Begriff «Misstände» durch «Situation» zu ersetzen. Es ist aber von uns aus gesehen weder zielführend noch sinnvoll, dass eine Untersuchung der GPK und rechtliche Verfahren gleichzeitig laufen. Sobald allfällige rechtliche Verfahren abgeschlossen sind, kann eine Untersuchung beginnen. Die Ausgangslage ist dann anders, um den Fall von Grund auf zu untersuchen.*

**Karin Rykart Sutter (Grüne)** ist mit der Textänderung einverstanden: Die GPK muss die Sexismusvorwürfe beim ewz untersuchen. Wer wurde wann über die Sexismusvorwürfe informiert? Was wurde seitens des Departements unternommen? Welche Stellen waren involviert? Welche Stellen haben wann was unternommen? Wann haben die drei Frauen gekündigt? Was war die Reaktion auf die Kündigungen? Gibt es Vereinbarungen mit den drei Mitarbeiterinnen? Wie kam es dazu, dass der Vizedirektor erst rund ein Jahr später kündigte? Es soll auch untersucht werden, ob das Betriebsklima des ewz unter den Vorfällen gelitten hat. Das Ziel der GPK-Untersuchung soll sein, dass Lehren aus dem Vorfall gezogen werden müssen. Ein solcher Vorfall darf in der Stadtverwaltung nicht mehr vorkommen. Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz darf nicht toleriert werden. Den Textänderungsantrag der CVP nehmen wir an.

**Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP):** Die EVP unterstützt den Beschlussantrag. Das soll kein Misstrauensvotum gegenüber Stadtrat Türler sein. Wir sind jedoch klar der Meinung, dass gerade bei einem derart sensiblen Thema Transparenz geschaffen werden muss.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

**STR Andres Türler:** Meines Wissens ist kein Verfahren hängig. Ich kann es aber nicht mit Absolutheit ausschliessen.

**Alecs Recher (AL):** Da nicht mit Sicherheit ausgeschlossen werden kann, dass ein Verfahren hängig ist, möchten wir den von uns bereits vorgestellten Textänderungsantrag stellen.

**Karin Rykart Sutter (Grüne):** Es kann allenfalls noch eine Weile dauern, bis diese Frage geklärt ist. Deshalb werden wir den Textänderungsantrag der AL nicht annehmen.

Angenommene Textänderung:

Die Geschäftsprüfungskommission des Gemeinderats (GPK) wird beauftragt, die ~~Misstände~~ Situation in der Führung des EWZ im Zusammenhang mit den sexuellen Belästigungen an verschiedenen Mitarbeiterinnen zu untersuchen und dem Parlament darüber Bericht zu erstatten.

Im Speziellen sollen dabei die Rollen der involvierten Stadträte, der ewz-Führung, der Ombudsfrau und der Fachstelle für Gleichstellung untersucht werden. Der Bericht soll klären, in welchem Ausmass das Betriebsklima im ewz durch sexuelle Belästigungen beeinträchtigt wird und welche Massnahmen getroffen wurden.

Der Rat stimmt dem geänderten Beschlussantrag mit 113 gegen 2 Stimmen zu.

Weiterbehandlung durch die GPK im Sinne von Art. 99 Abs. 3 GeschO GR

Damit ist beschlossen:

Die Geschäftsprüfungskommission des Gemeinderats (GPK) wird beauftragt, die Situation in der Führung des EWZ im Zusammenhang mit den sexuellen Belästigungen an verschiedenen Mitarbeiterinnen zu untersuchen und dem Parlament darüber Bericht zu erstatten.

Im Speziellen sollen dabei die Rollen der involvierten Stadträte, der ewz-Führung, der Ombudsfrau und der Fachstelle für Gleichstellung untersucht werden. Der Bericht soll klären, in welchem Ausmass das Betriebsklima im ewz durch sexuelle Belästigungen beeinträchtigt wird und welche Massnahmen getroffen wurden.

Mitteilung an die GPK und den Stadtrat

**4455. 2013/308**  
**Weisung vom 11.09.2013:**  
**Zusatzkredite II. Serie 2013**

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

- A. Für das Jahr 2013 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Zusammenstellung zusammenfassend folgende Zusatzkredite II. Serie bewilligt:

Art	Laufende Rechnung Fr.	Investitions- rechnung Fr.
1. Zusatzkredite	23 133 800	2 000 000
2. Kreditübertragungen	+4 162 000 -4 162 000	+1 300 000 -1 300 000
Zusatzkredite brutto	23 133 800	2 000 000

- B. Es wird davon Kenntnis genommen, dass

	Laufende Rechnung Fr.	Investitions- rechnung Fr.
- den Zusatzkrediten von	23 133 800	2 000 000
- den Kreditübertragungen von	+4 162 000	+1 300 000
auf anderen Konten gegenüberstehen:		
- verursachte Minderaufwendungen bzw. Minderausgaben aus den Kreditübertragungen von	-4 162 000	-1 300 000
- Minderaufwendungen/Mehrerträge bzw. Minderausgaben/Mehreinnahmen aus den Zusatzkrediten von	-12 126 600	-
sodass sich Netto-Mehrausgaben ergeben von	11 007 200	2 000 000

Eintretensdebatte:

Namens der Rechnungsprüfungskommission (RPK) stellt Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP) die Weisung zu den Zusatzkrediten II. Serie 2013 vor.

**Rebekka Wyler (SP):** Die RPK hat die Zusatzkredite geprüft. Diskutiert wurden vor allem die Abfindungen für unverschuldete Entlassungen, zwei vorzeitige Pensionierungen, der Unterhalt der Anlagen für das Abwasser, insbesondere auch im Fall Europaallee, Beiträge für die Betreuung von Kleinkindern sowie die Kreditübertragung bei der Asylorganisation Zürich. Wir haben die Argumente ausführlich diskutiert und abgewogen. Die RPK-Mehrheit empfiehlt, die Zusatzkredite zu genehmigen.

Weitere Wortmeldung:

**Dr. Urs Egger (FDP):** Die FDP erachtet die zusätzlichen 11 Millionen Franken Mehrausgaben angesichts der derzeitigen Finanzlage als nicht akzeptabel. Die Rechnung 2013 würde dadurch weiter verschlechtert. Deshalb haben wir verschiedene Anträge gestellt, dass gewisse Ausgaben nicht getätigt werden. Wir rechnen damit, dass andere Parteien diesen Anträgen folgen. Je nachdem, wie die Detailberatung ausfällt, werden wir den Zusatzkrediten zustimmen oder nicht.

Eintreten ist unbestritten.

Die RPK beantragt, die Zusatzkredite II. Serie 2013 des Stadtrats unter Berücksichtigung der folgenden Änderungen (Anträge der RPK zum Dispositivpunkt A) zu genehmigen:

### 1.1 Dringliche Zusatzkredite

Antrag 1)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Monika Erfigen (SVP):** Ausgerechnet in finanziell schwierigen Zeiten, wo kreative interne Lösungen gefragt sind, werden für Personalwerbung dringliche Kredite beantragt. Die Stadt Zürich verfügt über ein jährliches Budget von 7 Millionen Franken für Personalwerbung. Es ist nicht nachvollziehbar, dass im November noch ein derart kleiner Betrag als Zusatzkredit nötig sein soll.

**Florian Utz (SP):** In diesem Fall konnte trotz grosser Bemühungen niemand gefunden werden, der die nötigen Qualifikationen mitgebracht hätte und bereit gewesen wäre, die Stelle anzunehmen. Das Stadtrichteramt stand vor der Auswahl, ein Personalvermittlungsbüro zu beauftragen oder die Stelle mit einer nicht hinreichend qualifizierten Person zu besetzen. Sinnvollerweise wurde die erste Lösung gewählt. Zum Argument, dass es sich hier um einen kleinen Betrag handeln soll und es deshalb nicht sein könne, dass ein Zusatzkredit notwendig sei: Die Alternative wäre ein Überbudgetieren. Die Mehrheit der RPK findet es aber richtig, dass knapp budgetiert wird und dann allenfalls ein Zusatzkredit beantragt werden muss.

S. 2	<b>25 2525 3092 0000</b>	<b>Polizeidepartement Stadtrichteramt Personalwerbung</b>		
<b>1)</b>	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	18 500	Mehrheit	Florian Utz (SP), Referent; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP)
	Neu	0	Minderheit	Dr. Daniel Regli (SVP)
	Verbesserung	18 500		
	Begründung	Interne Lösung suchen		
			Abwesend	Präsident Roger Liebi (SVP), Referent Minderheit

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 96 gegen 23 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 2)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Dr. Daniel Regli (SVP):** Beantragt werden 25 000 Franken für die Personalwerbung im Schul- und Sportdepartement. Bereits vor einem Jahr wurde der Betrag von 10 000 Franken auf 90 000 Franken erhöht. Als Begründung wurde die Rekrutierung von Personal für höhere Kaderstellen angegeben. Im vorliegenden Fall geht es um die Fachstelle für Gewaltprävention. Auf 5,6 Stellenwerte kommen 1 Million Franken für Lohnkosten sowie 260 000 Franken für Sachkosten. Die Fachstelle führt 50 Interventionen pro Jahr durch. Das ergibt für das gesamte Team lediglich eine Intervention pro Woche. Der Leiter der Fachstelle hat gekündigt und die verbliebenen Mitarbeiter versuchen seit März 2013 eine Reorganisation und eine strategische Ausrichtung der Fachstelle voranzutreiben. Die 1,2 Millionen Franken sind ein hoher Betrag und die Fachstelle ist ohne Leitung. Das können wir nicht gutheissen. Der Betrag hätte zudem mit den 90 000 Franken aus dem Vorjahr verrechnet werden können.

**Andrea Nüssli-Danuser (SP):** Ich bin froh, dass die Fachstelle für Gewaltprävention nur einmal pro Woche eine Intervention durchführen muss. Das Ziel sollte sein, dass keine Interventionen mehr gemacht werden müssen. Die Prävention wurde gut aufgebaut. Deshalb wurde auch die Stelle der Leitung nicht sofort wieder besetzt. Man hat eine Auslegeordnung gemacht und eine Neuausrichtung betrachtet. Nun ist der Zeitpunkt gekommen, um eine neue Leitung zu rekrutieren. Die Mehrheit der RPK erachtet die Weiterführung der Fachstelle und somit die Personalwerbungsausgaben für unterstützungswürdig.

S. 2	<b>50 5000 3092 0000</b>	<b>Schul- und Sportdepartement Schul- und Sportdepartement Zentrale Verwaltung Personalwerbung</b>		
<b>2)</b>	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	25 000	Mehrheit	Andrea Nüssli-Danuser (SP), Referentin; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Dr. Daniel Regli (SVP), Referent
	Verbesserung	25 000		
	Begründung	Fachstelle zurückbauen		
			Abwesend	Präsident Roger Liebi (SVP)

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 93 gegen 25 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

## Antrag 3)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Dr. Daniel Regli (SVP):** Beantragt werden 3 Millionen Franken für Löhne der Lehrkräfte. Sie sollen für den Teuerungsausgleich, Einmalzulagen und Lohnerhöhungen verwendet werden. Wir befinden uns derzeit aber nicht in einem ausgeglichenen Budget. Die Argumente werden vermutlich lauten, es sei der Kanton, der die Lehrerlöhne festlege und die Stadt sei gezwungen, diesen Betrag zu bezahlen. Doch die Stadt kann durchaus ein Veto einlegen. Die Ausgaben für Löhne, Therapien und Betreuung sind im Vergleich zu 2012 stark angestiegen. Man hätte dort die 3 Millionen Franken bestens einsparen können und sie für das vorliegende Begehren einsetzen können.

**Andrea Nüssli-Danuser (SP):** Die Löhne der angestellten Lehrpersonen müssen bezahlt werden. Mit Rotationsgewinnen hätten die Löhne der neuen Lehrpersonen, die zu einem tieferen Lohn angestellt werden können, ausgeglichen werden sollen. Doch die erwarteten Gewinne blieben aus. Deshalb braucht es den Zusatzkredit, damit alle Lehrpersonen bezahlt werden können.

S. 2	<b>50 5010 3510 0101</b>	<b>Schul- und Sportdepartement Schulamt Entschädigungen an Kanton für Löhne der Lehrkräfte</b>			
<b>3)</b>	Anträge der RPK				
	Antrag Stadtrat	3 000 000		Mehrheit	Andrea Nüssli-Danuser (SP), Referentin; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	0		Minderheit	Dr. Daniel Regli (SVP), Referent
	Verbesserung	3 000 000			
	Begründung	Stetes Lohnwachstum beenden			
				Abwesend	Präsident Roger Liebi (SVP)

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 94 gegen 23 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

## 1.2 Dringliche Kreditübertragungen

Es wurden keine dringlichen Kreditübertragungen beantragt.

## 2.1 Ordentliche Zusatzkredite

### Antrag 4)

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

**Dr. Urs Egger (FDP):** Es geht um Abfindungen für unverschuldete Entlassungen. Abfindungen können ein effizienter Weg sein. Prozesse vor Gericht können vermieden werden. Doch bei einigen Lösungen wurde unserer Meinung nach zu grosszügig vorgegangen. Die Begründungen dafür wurden der RPK unter Geheimhaltung geliefert und können deshalb an dieser Stelle nicht zitiert werden. Klar ist: Die Gründe für die



*grosszügigen Lösungen sind nicht in jedem Fall nachvollziehbar. Es gibt einen gewissen Spielraum bei der Aushandlung dieser Verträge. Die Minderheit 1 beantragt, dass nicht der gesamte Betrag gesprochen wird. Stattdessen soll eine Verbesserung von 300 000 Franken vorgenommen werden.*

**Dr. Daniel Regli (SVP):** *Pro Jahr sind hier 1 Million Franken budgetiert. Von 2008 bis 2013 wurden aber nicht wie geplant 6 Millionen Franken, sondern 14,8 Millionen Franken ausgegeben. In Zürich kann jemand nach 5 Dienstjahren bereits im Alter von 35 Jahren bis zu 18 Monatslöhne erhalten. Das ist sehr grosszügig. Lohnfortzahlungen sind für über 55-Jährige sogar für 5 Jahre möglich. Bei den Abgangsentschädigungen für Behördenmitglieder gibt es nicht einmal ein Mindestalter. Wer nach 4 Dienstjahren freiwillig ausscheidet, hat bereits 3,2 Jahreslöhne zugute. Nun wird ein Zusatzkredit von 2,4 Millionen Franken beantragt. Man müsste früher reagieren. Es gibt einen sehr grossen Ermessensspielraum. Die Beträge sind zu hoch. Es ist höchste Zeit, dass wir die Verordnung anpassen und dem Abzockerspiel auf Staatsebene ein Ende setzen.*

**Rebekka Wyler (SP):** *Die Beträge sind tatsächlich stark angestiegen. Eine gewisse Skepsis ist gerechtfertigt. Die RPK befasst sich schon länger mit dem Thema und hat bei der Finanzkontrolle einen entsprechenden Bericht über die Modalitäten und Grundlagen dieser Auszahlungen in Auftrag gegeben. Dieser Bericht liegt vor und wird von der RPK geprüft werden. Die RPK wird danach über die nötigen Massnahmen befinden. Momentan gibt es aber einen expliziten Rechtsanspruch auf die genannten Abfindungen. Es steht allen frei, eine Motion zur Änderung des Personalrechts einzureichen. Da die Mehrheit in der RPK im Gemeinderat keine Mehrheit finden wird, wird sich die SP der Minderheit 1 anschliessen und der Kürzung von 300 000 Franken zustimmen.*

Weitere Wortmeldungen:

**Samuel Dubno (GLP):** *Wir haben in den letzten Jahren mit der SP wiederholt die Debatte über Rechtsanspruch, Ermessensspielraum und Gleichbehandlung aller städtischen Mitarbeiter geführt. Es freut mich, dass die SP sich nun entschieden hat, mit der Minderheit 1 zu stimmen.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

**STR Daniel Leupi:** *Eine gewisse Verärgerung ist nachvollziehbar. Wir sind jedoch an Vorgaben und Reglemente gebunden. Wenn Sie sich über Bedingungen beschweren, müssen Sie entsprechende Vorstösse einreichen, um die Reglemente anzupassen. Wenn der Stadtrat Abfindungsentschädigungen verweigern würde, wären Sie auch nicht zufrieden. Wenn wir nicht budgetieren würden, was zu erwarten ist, würden Sie sich darüber beklagen, dass wir nicht wahrheitsgemäss budgetieren würden. Konsequenterweise müssten Sie sich im Voraus damit beschäftigen, die Reglemente anzupassen. Sie können nicht im Nachhinein eine Kürzung des Betrags beantragen. Der Betrag ist übrigens im Hinblick auf die gesamte Lohnsumme relativ klein.*

**Walter Angst (AL):** *Stadtrat Leupi sollte unserer Meinung nach den Steilpass der FDP und GLP aufnehmen und dafür sorgen, dass bei der Umsetzung des Personalrechts der Spielraum genutzt wird.*

S. 4	<b>10 1060 3010 0850</b>	<b>Behörden und Gesamtverwaltung Gesamtverwaltung Abfindungen für unverschuldete Entlassungen</b>		
<b>4)</b>	<b>Anträge der RPK</b>			
	Antrag Stadtrat	2 484 300	Mehrheit	Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Andrea Nüssli-Danuser (SP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
	Neu 1	2 184 300	Minderheit 1	Dr. Urs Egger (FDP), Referent; Samuel Dubno (GLP), Urs Schmid (FDP)
	Verbesserung 1	300 000		
	Begründung 1	Es besteht Handlungsbedarf, zu grosszügige Lösungen		
	Neu 2	0	Minderheit 2	Dr. Daniel Regli (SVP)
	Verbesserung 2	2 484 300		
	Begründung 2	Keine vergoldeten Fallschirme		
			Enthaltung	Walter Angst (AL), Karin Rykart Sutter (Grüne)
			Abwesend	Präsident Roger Liebi (SVP), Referent Minderheit 2

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für die Anträge der Mehrheit und Minderheit 1:

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat/Mehrheit	(2 484 300)	0 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(2 184 300)	97 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(0)	<u>23 Stimmen</u>
Total		120 Stimmen
= absolutes Mehr		61 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Minderheit 1 mit 97 Stimmen zugestimmt, womit das Quorum von 63 Stimmen für die gleichgeordneten Anträge und die Ausgabenbremse erreicht ist.

Antrag 5)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Dr. Daniel Regli (SVP):** Die Betriebsämter benötigen für Personalversicherungsbeiträge 99 900 Franken für Überbrückungszuschüsse. Diese werden für Mitarbeiter benötigt, die zwischen 1949 bis 1952 geboren wurden. 2011 haben wir einem Beitragsmodell zugestimmt, das das Pensionsalter um ein Jahr erhöhte und höhere Beiträge der Arbeitnehmer mit sich brachte. Die Stadt hat dafür gesorgt, dass diesen Mitarbeitern bei den AHV-Beiträgen keine Lücken entstehen können. Man hat versucht, eine Pensionierungswelle zu verhindern. Diejenigen, die kurz vor 63 standen und auf 64 gestuft wurden, konnten zurücktreten. Das brachte ihnen mehr, als wenn sie nachher mit schlechteren Konditionen pensioniert worden wären. Diesen Vorteil wussten die Mitarbeiter der Stadt natürlich zu nutzen. Wir sehen leider in verschiedenen Departementen, dass die Pensionierungswelle nicht verhindert werden konnte. Wir lehnen darum die Überbrückungszuschüsse erneut ab.

**Rebekka Wyler (SP):** Die Mehrheit der RPK hat damals zugestimmt und stimmt den Überbrückungszuschüssen auch heute zu. Wir folgen der Argumentation des Stadtrats.

S. 4	<b>10 1070 3040 0000</b>	<b>Behörden und Gesamtverwaltung Betreibungsämter Personalversicherungsbeiträge</b>		
<b>5)</b>	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	99 900	Mehrheit	Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Dr. Daniel Regli (SVP), Referent; Dr. Urs Egger (FDP), Urs Schmid (FDP)
	Verbesserung	99 900		
	Begründung	Keine Frühpensionierungen auf Kosten der Allgemeinheit		
			Abwesend	Präsident Roger Liebi (SVP)

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 77 gegen 40 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 6)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Dr. Urs Egger (FDP):** Wie bereits bei Antrag 5 geht es hier um Personalversicherungsbeiträge. Es handelt sich um einen Einzelfall. Die Frühpensionierung erfolgte aus gesundheitlichen Gründen. Unseres Erachtens kündigt sich so etwas in der Regel an und hätte bereits in den Zusatzkrediten I. Serie gebracht werden können oder allenfalls im Budget des nächsten Jahres.

**Rebekka Wyler (SP):** Die Person wurde nach über zwanzig Dienstjahren aus gesundheitlichen Gründen pensioniert. Wir gönnen der Person den Ruhestand und wünschen ihr gute Gesundheit.

S. 4	<b>10 1080 3040 0000</b>	<b>Behörden und Gesamtverwaltung Friedensrichterämter Personalversicherungsbeiträge</b>		
<b>6)</b>	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	76 200	Mehrheit	Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Dr. Urs Egger (FDP), Referent; Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP)
	Verbesserung	76 200		
	Begründung	Keine Frühpensionierungen auf Kosten der Allgemeinheit		
			Abwesend	Präsident Roger Liebi (SVP)

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 76 gegen 38 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 7)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Roland Scheck (SVP):** Die Gutmenschen wollen die Masseneinwanderung in unser Land nicht wahrhaben. So ging man im Budget von 5000 Einwanderungen aus, obwohl man wusste, dass diese Zahl viel höher liegen würde. Es handelt sich jetzt um 20 000 Einwanderungen. Wer so unseriös budgetiert, sollte wenigstens die Grösse haben, die Abweichung aufwandneutral zu kompensieren. Es kann nicht sein, dass der Steuerzahler für eine solche Realitätsverweigerung zur Kasse gebeten wird.

**Samuel Dubno (GLP):** Man kann sich über den Fehler in der Budgetierung ärgern. Doch die Stadt muss den Betrag von 750 000 Franken dem Kanton abliefern. Es besteht kein Handlungsspielraum. Bei Ablehnung würde die Rechnung der Stadt am Ende schlechter dastehen.

S. 4	<b>15 1530 3180 0000</b>	<b>Präsidialdepartement Bevölkerungsamt Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter</b>		
<b>7)</b>	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	750 000	Mehrheit	Samuel Dubno (GLP), Referent; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Dr. Daniel Regli (SVP)
	Verbesserung	750 000		
	Begründung	Unseriöse Budgetierung		
			Abwesend	Präsident Roger Liebi (SVP), Referent Minderheit

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 93 gegen 25 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 8)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Dr. Urs Egger (FDP):** Es geht um den Ersatz von Software. Der Ersatz steht nicht zur Diskussion. Doch der Lieferant aus Deutschland vergass offensichtlich, die Mehrwertsteuer zu erheben. Unserer Meinung nach hätte der Vertrag neu verhandelt werden müssen. Man sollte den Betrag nicht mit einem Zusatzkredit einfordern.

**Florian Utz (SP):** Eine Korrektur zum Votum von Dr. Urs Egger (FDP): Es war nicht der Fehler des Lieferanten, sondern der Stadt, dass sie die Mehrwertsteuer nicht in der Budgetierung berücksichtigt hat. Es ist nachvollziehbar, dass die Stadt darum den Lieferanten nicht um einen tieferen Preis bitten kann. Wenn man hier streicht, heisst das,

*dass die Stadt Zürich die Mehrwertsteuer nicht bezahlt. Der Vertrag wurde aber bereits abgeschlossen. Die Stadt würde verklagt und müsste die Anwaltskosten und Gerichtskosten übernehmen. Der Steuerzahler würde eine hohe Rechnung zahlen müssen.*

Weitere Wortmeldung:

**Samuel Dubno (GLP):** *Wir wären als GLP einer Diskussion über die Mehrwertsteuer nicht abgeneigt. Doch in diesem Fall handelt es sich um einen Budgetierungsfehler. Man kann nicht einfach die Mehrwertsteuer nicht bezahlen.*

S. 5	<b>25 2525 3187 0000</b>	<b>Polizeidepartement Stadtrichteramt Steuern und Abgaben</b>		
<b>8)</b>	<b>Anträge der RPK</b>			
	Antrag Stadtrat	10 000	Mehrheit	Florian Utz (SP), Referent; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP)
	Neu	0	Minderheit	Dr. Urs Egger (FDP), Referent; Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP)
	Verbesserung	10 000		
	Begründung	Neuverhandlung des Vertrags wäre möglich gewesen		
			Abwesend	Präsident Roger Liebi (SVP)

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 39 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 9)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Walter Angst (AL):** *Entsorgung + Recycling Zürich (ERZ) benötigt 1,2 Millionen Franken für ein laufendes Bauprojekt an der Langstrassenunterführung zur Verlegung eines Abwasserkanals. Das Bauprojekt wurde vom Stadtrat am 10. Juli 2013 als gebundene Ausgabe verabschiedet. Die Durchführung von Bauprojekten läuft offenbar so, dass man noch Budgetnachträge einholen muss. Der Betrag konnte im Rahmen der laufenden Projekte nicht in den 50 Millionen Franken untergebracht werden. Solche Vorgänge sind dem Gemeinderat aus diversen Vorfällen bekannt. In den Ausführungen steht, dass der Bau den bisherigen Abwasserkanal nur leicht schneiden würde. Offensichtlich muss der Kanal nun trotzdem verlegt werden. Das Problem liegt oft in der Kommunikation innerhalb der Stadtverwaltung. Würde man seriös und sauber arbeiten und hätte man aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt, hätte der Stadtrat im Rahmen der Gestaltungsplandiskussion entschieden, dass die Bauherrschaft, die SBB, die 1,2 Millionen Franken für die Verlegung bezahlen müsste, denn die SBB generieren mit dem Projekt sowieso einen enormen Mehrwert. Die Stadt hat aber offenbar gar nicht erst versucht, mit den SBB zu verhandeln. Stattdessen wird die Rechnung dem Steuerzahler auferlegt.*

**Dr. Urs Egger (FDP):** *Es wäre wünschenswert, wenn die linke Ratsseite auch bei anderen Posten auf diese Art mit der Stadtverwaltung ins Gericht gehen würde. Im vorliegenden Fall ist es aufgrund eines Grundbucheintrags nicht möglich, die Rechnung an die SBB zu schicken. Die Stadt muss die Rechnung selber bezahlen.*

Weitere Wortmeldung:

**Niklaus Scherr (AL):** Der Grundbucheintrag stammt aus dem Jahr 1976. Der Gestaltungsplan Europaallee wurde im Jahr 2004/2005 ausgehandelt. Der Grundbucheintrag wäre nachverhandelbar gewesen. Es gehört zu den grundlegenden Pflichten der Beamtinnen und Beamten der Stadt, darunter auch der Stadträtinnen und Stadträte, die öffentlichen Interessen knallhart wahrzunehmen. Ein zweiter Punkt: Es geht hier auch um den Kredit für die Verlegung des Wolfbachkanals aufgrund des Kunsthauserweiterungsbaus. Die AL hat zweimal eine Rückfrage gestellt, warum die 4,5 Millionen Franken für die Verlegung des Kanals nicht im Baukredit des Kunsthauses auftauchen. Im Rahmen des öffentlichen Gestaltungsplans hätte man diese Kosten überbinden können. Dass Grossbauherrschaften vom kleinen Gebührenzahler quersubventioniert werden, ist nicht in Ordnung.

S. 6	<b>35 3535 3149 0000</b>	<b>Tiefbau- und Entsorgungsdepartement Entsorgung + Recycling Zürich Abwasser Unterhalt übriger Anlagen</b>		
<b>9)</b>	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	5 700 000	Mehrheit	Dr. Urs Egger (FDP), Referent; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Dr. Daniel Regli (SVP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Florian Utz (SP)
	Neu	4 500 000	Minderheit	Walter Angst (AL), Referent
	Verbesserung	1 200 000		
	Begründung	Rechnung Europaallee den SBB schicken		
			Enthaltung	Christine Seidler (SP)
			Abwesend	Präsident Roger Liebi (SVP)

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 109 gegen 9 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 10)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Heinz Schatt (SVP):** Es geht grundsätzlich um Verträge, die das ewz mit Privaten abschliesst. Bei diesen Energiecontracting-Verträgen installiert man z.B. Erdsonden-Heizungen, die das ewz bezahlt und während einer bestimmten Zeitdauer betreibt. In diesem Jahr wurden mehr als doppelt so viele Verträge abgeschlossen als vorgesehen. Contracting-Verträge werden über eine Laufzeit von 30 Jahren abgeschlossen. Sie bergen in der heutigen Zeit ein grosses Risiko der Unsicherheit auf den Energiemärkten. Es ist darum nicht einzusehen, dass das ewz so viele Verträge in einem Jahr abschliesst. Es wäre sinnvoller, die Verträge auf die geplanten 5 Jahre zu verteilen. Die Abschreibungen müssen in den kommenden Jahren kompensiert werden.

**Christine Seidler (SP):** Es handelt sich um bereits abgeschlossene Verträge. Wir haben den Grundsatzartikel der 2000-Watt-Gesellschaft in der Gemeindeordnung verankert. Das heisst, dass alternative oder erneuerbare Energie gefördert werden muss. Die Förderbeiträge sind ein Teil dieses Ziels.

S. 6	<b>45 4502 563000</b>	<b>Departement der Industriellen Betriebe Vorfinanzierung von Stromsparmassnahmen Beiträge an eigene Unternehmungen</b>		
<b>10)</b>	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	2 000 000		Mehrheit Christine Seidler (SP), Referentin; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Florian Utz (SP)
	Neu	0		Minderheit Dr. Daniel Regli (SVP)
	Verbesserung	2 000 000		
	Begründung	Massnahmen nicht über Subventionen finanzieren		
				Abwesend Präsident Roger Liebi (SVP), Referent Minderheit

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 89 gegen 23 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 11)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Dr. Daniel Regli (SVP):** Es gelten dieselben Ausführungen zu den Überbrückungszuschüssen wie zuvor. Wir lehnen die Überbrückungszuschüsse in der Höhe von 300 000 Franken für die Wasserversorgung ab.

**Christine Seidler (SP):** Die Überbrückungszuschüsse sind nicht für die Wasserversorgung, sondern für Mitarbeiter, die bei der Wasserversorgung gearbeitet haben. Es ist etwas respektlos, dass man diese Zuschüsse wohlverdient in die Pension gehenden Personen nicht gönnt.

S. 7	<b>45 4525 3040 0000</b>	<b>Departement der Industriellen Betriebe Wasserversorgung Personalversicherungsbeiträge</b>		
<b>11)</b>	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	300 000		Mehrheit Christine Seidler (SP), Referentin; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Florian Utz (SP)
	Neu	0		Minderheit Dr. Urs Egger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP)
	Verbesserung	300 000		
	Begründung	Keine Frühpensionierungen auf Kosten der Allgemeinheit		
				Abwesend Präsident Roger Liebi (SVP), Referent Minderheit

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 37 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 12)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Martin Bürlimann (SVP):** Der öffentliche Verkehr im Limmattal ist sehr gut ausgebaut. Ein Ausbau des bestehenden Angebots ist nicht notwendig. Die S-Bahnen ergeben zusammen mit den zahlreichen lokalen Busverbindungen ein sehr gutes Angebot.

**Christine Seidler (SP):** Der Ausbau der Limmattalbahn konnte aus terminlichen Gründen nicht vollständig im Budget 2013 berücksichtigt werden. Deshalb braucht es einen Zusatzkredit. Alle Mehraufwendungen darüber hinaus werden vom ZVV bezahlt. Wir unterstützen grundsätzlich den Ausbau.

S. 7	<b>45 4540 3180 0000</b>	<b>Departement der Industriellen Betriebe Verkehrsbetriebe Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter</b>		
<b>12)</b>	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	1 800 000		Mehrheit Christine Seidler (SP), Referentin; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Florian Utz (SP)
	Neu	0		Minderheit Dr. Daniel Regli (SVP)
	Verbesserung	1 800 000		
	Begründung	Kein einseitiger ÖV-Ausbau ZVV Limmattal		
				Abwesend Präsident Roger Liebi (SVP), Referent Minderheit

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 92 gegen 23 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 13)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Dr. Daniel Regli (SVP):** Für die Betreuung von Kleinkindern wird ein Zusatzkredit in der Höhe von 5,8 Millionen Franken verlangt. Die SVP beantragt eine Kürzung um 5,3 Millionen Franken. Das kantonale Jugendhilfegesetz wurde verändert. Durch die Änderungen wurden die Betreuungsbeiträge für Kinder von 2000 Franken auf 2800 Franken erhöht. Die Vermögensgrenze wurde auf 180 000 Franken erhöht und die Einkommensgrenze auf 80 000 Franken festgelegt. Der Stadtrat erwartete bei den Beiträgen eine Erhöhung um lediglich 30 %. Es handelt sich aber hier um eine Erhöhung um 200 %. Deshalb muss nun ein hoher Millionenbetrag eingefordert werden. So etwas muss man vorhersehen können. Der Stadtrat hat inzwischen mitgeteilt, dass das Sozialdepartement beim Regierungsrat eine Sofortmassnahme beantragt hat. In dieser Massnahme soll geprüft werden, ob die Unterstützung auf Familien beschränkt werden könnte, die wirtschaftlich tatsächlich auf eine Betreuung ihrer Kleinkindern angewiesen sind.

**Rebekka Wyler (SP):** Der Zusatzkredit ist mit gesetzlichen Vorgaben auf kantonaler Ebene begründet. Das neue Kinder- und Jugendhilfegesetz führte zu einer Erhöhung der Kleinkinderbetreuungsbeiträge von 2000 Franken auf 2800 Franken. Die Einkommens-



und Vermögensgrenze liegen deutlich höher als in der früheren Gesetzgebung. Das führte zu weit über dem Budget liegenden Mehrausgaben. Man ging von 30 % Mehrkosten aus. Nun haben sich die Kosten verdreifacht. Das ist ärgerlich, doch es besteht eine gesetzliche Grundlage. Der Stadtrat hat den Kanton darauf aufmerksam gemacht, dass man genau prüfen müsse, wie und ob sich die neuen Ansätze bewähren. Der Stadtrat möchte auch, dass in den ersten zwei Jahren der Anwendung ein Monitoring eingeführt wird. Nach dessen Auswertung soll die Verordnung je nachdem angepasst werden.

S. 7	<b>55 5550 3660 0600</b>	<b>Sozialdepartement Soziale Dienste Beiträge für Betreuung von Kleinkindern</b>		
<b>13)</b>	<b>Anträge der RPK</b>			
	Antrag Stadtrat	5 800 000	Mehrheit	Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	500 000	Minderheit	Dr. Daniel Regli (SVP), Referent
	Verbesserung	5 300 000		
	Begründung	Kostenexplosion rückgängig machen		
			Abwesend	Präsident Roger Liebi (SVP)

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 89 gegen 25 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

## 2.2 Ordentliche Kreditübertragungen

Antrag 14)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Dr. Daniel Regli (SVP):** Es geht um Vergütungen an die Immobilien-Bewirtschaftung der Stadt Zürich (IMMO), die durch Wasser, Energie, Heizmaterialien abgegolten werden sollen. Warum sollen Mietzinsen auf diese Weise verrechnet werden? Seit dem Brand im Mai 2012 gibt es einen Mietzinsausfall in der Roten Fabrik. Verschiedene Künstlerateliers und Lagerräume können nicht mehr bezogen werden. Die Koordinationskommission kann ihre administrativen und organisatorischen Aufgaben nicht mehr erfüllen. Deshalb sollen 50 000 Franken umgeleitet werden. Die Künstler haben jedoch im Schulhaus Hard eine interimistische Bleibe gefunden. Wohin diese Miete fliesst, ist unklar. Der Brand hat die Planung der IMMO durcheinandergebracht. Es entstanden Unklarheiten bei den personellen Ressourcen und bei der Durchführung von Projekten. Die Brandschäden hätten nach einem Jahr behoben sein müssen. Doch es wird bis im Dezember 2015 dauern, bis man alles renoviert hat. Hier ist etwas nicht im Lot. Wir werden untersuchen, was mit den Kontierungen und dem Umbau in der Roten Fabrik läuft.

**Samuel Dubno (GLP):** Die Koordinationskommission verzeichnet aufgrund des Brands einen Mietzinsausfall. Dieser Ausfall wird über das Konto Wasser, Energie und Heizmaterialien gedeckt. Die Mehrheit der RPK hält das für vernünftig.

S. 8	<b>15 1501 von 3913 0000 nach 3120 0000</b>	<b>Präsidialdepartement Kultur Vergütung an IMMO für Raumkosten Wasser, Energie und Heizmaterialien</b>		
<b>14)</b>	<b>Anträge der RPK</b>			
	Antrag Stadtrat	50 000	Mehrheit	Samuel Dubno (GLP), Referent; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Dr. Daniel Regli (SVP)
	Begründung	Rote Fabrik muss selber schauen		
			Abwesend	Präsident Roger Liebi (SVP), Referent Minderheit

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 87 gegen 23 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 15)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Dr. Daniel Regli (SVP):** In der Asylorganisation Zürich (AOZ) sollen 750 000 Franken von der Wirtschaftshilfe in die Asylfürsorge übertragen werden. Es handelt sich hier erneut um ein trickreiches Schattenspiel. Die Begründung ist irreführend. Wir haben herausgefunden: Das Sozialhilfegesetz wurde geändert und führte zu einer neuen Berechnung der Asylfürsorge und der wirtschaftlichen Hilfe. Vorläufig Aufgenommene und anerkannte Flüchtlinge erhalten keine Asylfürsorge mehr, sondern werden wie normale Sozialhilfeempfangende behandelt. Im Budget 2013 wurde von mehreren hundert Fällen gesprochen, die von der Asylfürsorge in die wirtschaftliche Hilfe übertragen werden müssten. Deshalb werde dort mehr Geld benötigt. Nun sollen aber wieder 750 000 Franken zurück in die Asylfürsorge übertragen werden. Der Grund dafür wird nicht erwähnt. Dasselbe findet im Budget 2014 statt. Dort ist es ein Betrag von 950 000 Franken, der von der wirtschaftlichen Hilfe zurück in die Asylfürsorge gebracht werden soll. In kurzer Zeit werden also mehrere hunderttausend Franken in der Asylfürsorge gebraucht, welche nicht ausgewiesen werden können. Wir haben nachgefragt, wofür dort so hohe Beiträge benötigt werden. Die ersten Anfragen wurden nicht beantwortet. Wir werden weiterhin nachfragen.

**Rebekka Wyler (SP):** Es handelt sich hier um eine Kreditübertragung. Am Budget selbst wird nichts verändert. Bei der Budgetierung war es schwierig, Zahlen für die Asylfürsorge und für die Existenzsicherung genau festzulegen. Aufgrund der geänderten Grundlagen wurden mehrere hundert Fälle von vorläufig aufgenommenen Personen von der Asylfürsorge in die Existenzsicherung übertragen. Man überschätzte diesen Effekt aber. Dadurch wurde zu viel Geld in der wirtschaftlichen Hilfe und zu wenig bei der Fürsorge eingestellt. Dieser Fehler wird bei der vorliegenden Kreditübertragung wieder rückgängig gemacht.

Weitere Wortmeldung:

**Dr. Daniel Regli (SVP):** Wenn man 750 000 Franken übrig hat, muss man das nicht unbedingt zurück übertragen und anderswo ausgeben. Man könnte es auch anders

verwenden, sparen oder auf das nächste Jahr übertragen.

S. 9	<b>55 5500 von 3660 0323 nach 3660 0322</b>	<b>Sozialdepartement Sozialdepartement Zentrale Verwaltung Beiträge AOZ Wirtschaftliche Hilfe Beiträge AOZ Asylfürsorge</b>		
<b>15)</b>	<b>Anträge der RPK</b>			
	Antrag Stadtrat	750 000	Mehrheit	Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Dr. Daniel Regli (SVP), Referent
	Begründung	Keine weiteren Beträge zugunsten der Asylfürsorge		
			Abwesend	Präsident Roger Liebi (SVP)

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 88 gegen 25 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Dispositivpunkte A–B

Kommissionsminderheit:

**Dr. Daniel Regli (SVP):** *Wir haben ausführlich dargelegt, wo wir die Mehrausgaben gerne gekürzt hätten. Die SVP lehnt die Mehrausgaben via Zusatzkredite ab.*

Weitere Wortmeldung:

**Dr. Urs Egger (FDP):** *Unsere Anträge wurden mit Ausnahme eines Antrags nicht angenommen. Die FDP wird deshalb in der Schlussabstimmung die Zusatzkredite ablehnen.*

Schlussabstimmung über die Dispositivpunkte A–B

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zu den Dispositivpunkten A–B.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivpunkte A–B.

Mehrheit: Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)  
Minderheit: Dr. Daniel Regli (SVP)  
Enthaltung: Dr. Urs Egger (FDP), Urs Schmid (FDP)  
Abwesend: Präsident Roger Liebi (SVP), Referent Minderheit

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 76 gegen 37 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Damit ist beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

- A. Für das Jahr 2013 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Zusammenstellung zusammenfassend folgende Zusatzkredite II. Serie bewilligt:

Art	Laufende Rechnung Fr.	Investitions- rechnung Fr.
1. Zusatzkredite	22 833 800	2 000 000
2. Kreditübertragungen	+4 162 000 -4 162 000	+1 300 000 -1 300 000
Zusatzkredite brutto	22 833 800	2 000 000

- B. Es wird davon Kenntnis genommen, dass

	Laufende Rechnung Fr.	Investitions- rechnung Fr.
- den Zusatzkrediten von	22 833 800	2 000 000
- den Kreditübertragungen von	+4 162 000	+1 300 000
auf anderen Konten gegenüberstehen:		
- verursachte Minderaufwendungen bzw. Minderausgaben aus den Kreditübertragungen von	-4 162 000	-1 300 000
- Minderaufwendungen/Mehrerträge bzw. Minderausgaben/Mehreinnahmen aus den Zusatzkrediten von	-12 126 600	-
sodass sich Netto-Mehrausgaben ergeben von	10 707 200	2 000 000

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 20. November 2013 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

**4456. 2009/216**

**Weisung vom 24.08.2011:**

**Liegenschaftsverwaltung, Einzelinitiative von Catherine Rutherford, Projektierungskredit für eine kommunale Wohnsiedlung an der Leutschenbachstrasse, Quartier Seebach**

Antrag des Stadtrats

1. Zur Ausarbeitung eines Bauprojekts mit Kostenvoranschlag für die Erstellung einer kommunalen Wohnsiedlung an der Leutschenbachstrasse im Quartier Seebach wird ein Projektierungskredit von Fr. 16 000 000.– bewilligt.
2. Die am 14. Mai 2009 eingereichte Einzelinitiative von Catherine Rutherford betreffend Wohnen Züri Nord (GR Nr. 2009/216) wird als erledigt abgeschrieben.

Referent zur Vorstellung der Weisung:

**Niklaus Scherr (AL):** Es geht um den Projektierungskredit von 16 Millionen Franken für die Erstellung einer Wohnsiedlung im Heineken-Areal in Zürich-Nord. Die Weisung geht auf eine Einzelinitiative zurück, die den Bau von städtischen Wohnsiedlungen mit tragbaren Mieten auf dem Areal verlangte. Geplant sind 390 Wohnungen, 60 % davon 4- bis 5-Zimmer-Wohnungen, mit einem interessanten Wohnungsmix: 350 Standardwohnungen, 20 Atelierwohnungen im Erdgeschoss, 8 Grosswohnungen für grössere Wohngemeinschaften und 45 Zimmer, die einzeln dazugemietet werden können. Die Zone erlaubt eine Ausnutzung von 250 %. Im benachbarten Areal an der Hagenholzstrasse gibt es negative Beispiele, wie diese Dichte umgesetzt wird. Um dies zu vermeiden, wurde bereits im Wettbewerbsprogramm darauf hingewiesen, dass eine Dichte von 200 bis 220 % ideal wäre und eine Dichte über 220 % qualitativ überzeugen muss. Es gibt also keinen Anspruch, dass automatisch die höchste bauliche Dichte zum Zug kommt. Eine 4-Zimmer-Wohnung soll 90 Quadratmeter gross sein. Damit werden bezahlbare Mieten ermöglicht. Die Miete für eine 4-Zimmer-Wohnung beträgt zwischen 1780 und 1840 Franken netto, für eine subventionierte Wohnung zwischen 1420 und 1500 Franken. Ein Wermutstropfen ist die unversöhnliche Haltung der VBZ. Die Einzelinitiative beinhaltet den Wunsch, bei der Projektierung auch eine Erweiterungsoption für das Areal südlich davon zu prüfen, falls die dort gelegene Busgarage Hagenholz verlegt werden sollte. Es gab Projekte, die Garage zu verlegen, die Verlegung wurde aber gestrichen. Die SD verlangt, dass man die vom Stadtrat vorgeschlagene östliche Erweiterung des Areals auf die Wiese unterlassen soll, weil auch die Einzelinitiative nur die beiden Areale westlich des Bachs beinhalte. Doch angesichts der zahlreichen anderen Überbauungen in der Umgebung, insbesondere der flughafennahen Zweitwohnungen, braucht es hier dringend eine grosse, sichtbare, durch die öffentliche Hand ermöglichte Überbauung mit bezahlbaren Wohnungen.

Rückweisungsantrag

**Christoph Spiess (SD)** stellt folgenden Rückweisungsantrag: Der Vorschlag des Stadtrats geht über die Motion hinaus. Bei der Zusatzparzelle handelt es sich um Wiesland. Es wird eine Ausnutzung von 250 % angestrebt. In dieser Umgebung entsteht ein Quartier von Betonklötzen. Das Ziel ist offenbar, möglichst viele Leute in das Quartier zu pferchen. Da man das Gebiet der VBZ-Garage nicht benutzen kann, wurde einfach an einem anderen Ort nach einer Erweiterungsfläche gesucht. Das können wir nicht unterstützen. Wenn schon so dicht gebaut werden muss, sollte es wenigstens rundum noch etwas Platz haben. Es wird kaum noch unverbautes Land freigehalten. Warum muss jede Wiese zugebaut werden? Vielleicht sind wir später froh, wenn wir auf dieser Wiese etwas pflanzen können. Es wird mit Selbstverständlichkeit davon ausgegangen, dass es immer genügend Freifläche geben wird. Wir haben immer mehr Menschen und verbauen immer mehr Fläche. Eines Tages wird uns auch die Energie fehlen, um das Nahrungsmitteldefizit der Bevölkerungsmasse zu importieren. Wir denken hier voraus. Wir können es uns nicht mehr leisten, auch nur einen Quadratmeter, der im Notfall noch vernünftig genutzt werden kann, zu verbauen.

Die Vorlage wird an den Stadtrat zurückgewiesen mit folgenden Auflagen:

- Auftrag an den Stadtrat, dem Gemeinderat eine neue Vorlage ohne Einbezug der Parzelle SE 6660 zu unterbreiten.

Der Rat lehnt den Antrag von Christoph Spiess (SD) mit 2 gegen 114 Stimmen ab.

Die Debatte wird unterbrochen (Fortsetzung siehe Sitzung Nr. 194, Beschluss-Nr. 4456/2013).

## E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

### 4457. 2013/390

#### **Postulat von Nicolas Esseiva (SP) und Dr. Esther Straub (SP) vom 13.11.2013: Ferienangebot des Schul- und Sportdepartements, vermehrtes Angebot von ganz- und mehrtägigen Schulkultur-Programmen**

Von Nicolas Esseiva (SP) und Dr. Esther Straub (SP) ist am 13. November 2013 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob das Ferienangebot des Schul- und Sportdepartements (Fit und Ferien) vermehrt ganz- und mehrtägige Schulkultur-Angebote sowie Sportcamps organisieren kann und wie sichergestellt werden kann, dass den Eltern die Ausschreibung des Ferienangebots zeitgleich mit der Anmeldung für den Ferienhort zugestellt wird.

Begründung:

Die Betreuungsquote in der Stadt Zürich steigt kontinuierlich an. Im Jahr 2000 waren nur gerade 15% aller Schulkinder in einem Hort betreut, im Jahr 2012 waren es bereits 45%. Familien nutzen auch vermehrt das Ferienhortangebot. Seit 2007 ist die Anzahl der Belegungstage in den Sommerferien von 10'100 auf über 23'400 (2013) gestiegen, das sind plus 132% (vgl. 2013/210).

Familien, die in den Schulferien auf das Hortangebot angewiesen sind, sind auch an Ferienangeboten (Fit und Ferien) interessiert, können diese aber oft nicht nutzen, da viele Kurse nur stundenweise durchgeführt werden. Die Ausweitung der ganz- und mehrtägigen Kurse käme arbeitenden Eltern entgegen und würde zugleich die Ferienhorte entlasten.

Wichtig wäre, dass die beiden Angebote (Ferienhort / Fit und Ferien) zeitgleich ausgeschrieben werden. Die Online-Ausschreibung von Fit und Ferien ist schneller als die Veröffentlichung in Papierform. Sie könnte vor dem Anmeldeschluss der Ferienhorte erfolgen, damit Eltern die Wahl für das eine oder andere Angebot bleibt. Die beiden Ausschreibungen sollten in geeigneter Weise miteinander verbunden werden. Auch bei der Hortanmeldung begrüssen Eltern die elektronische Form.

Mitteilung an den Stadtrat

### 4458. 2013/391

#### **Postulat der Grüne-Fraktion vom 13.11.2013: Platzierung der ZM-Pavillons ohne Beeinträchtigung der Freihaltezonen und der von Schülerinnen und Schülern genutzten Freiflächen**

Von der Grüne-Fraktion ist am 13. November 2013 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die in den kommenden Jahren zu erstellenden ZM-Pavillons jeweils so platziert werden können, dass weder Freihaltezonen noch die von den Schülerinnen und Schülern genutzten Freiflächen auf den Schularealen beeinträchtigt werden.

Begründung:

In den nächsten Jahren kommt die Stadt um die Bereitstellung von zusätzlichem Schulraum in der Form von ZM-Pavillons nicht herum. Mit dem Rahmenkredit von 55 Millionen Franken zur Beschaffung und Installation von Schulraumpavillons verzichtet der Gemeinderat bis auf Weiteres darauf, über jeden neuen ZM-Pavillon einzeln zu befinden. Umso wichtiger ist es, dass der Stadtrat einige Regeln definiert, die bei der Erstellung dieser Pavillons grundsätzlich zu gelten haben.

ZM-Pavillons brauchen Platz, und entsprechend geht mit jedem aufgestellten Pavillon Platz für einen anderen Zweck verloren. Ebenso wichtig wie der Schulraum ist für die Schülerinnen und Schüler aber der Freiraum auf ihren Schularealen. Dieser muss trotz zusätzlicher Pavillons in seiner Grösse und Qualität erhalten

bleiben. Die Pavillons sind deshalb so zu platzieren, dass zunächst an dem für andere Zwecke genutzten Platz Abstriche gemacht werden – primär bei auf dem Schulareal befindlichen Parkplätzen.

Mitteilung an den Stadtrat

Die zwei Postulate werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

## **K e n n t n i s n a h m e n**

### **4459. 2009/565**

**Weisung vom 13.07.2011:  
Einzelinitiative Manuela Schiller betreffend Förderung des gemeinnützigen  
Wohnungsbaus**

Das Büro des Gemeinderats schreibt die Weisung ab.

Mitteilung an den Stadtrat

### **4460. 2013/263**

**Schriftliche Anfrage von Alexander Jäger (FDP) und Kyriakos Papageorgiou (SP)  
vom 03.07.2013:  
Vergabe der Auftragslose der Stadtreinigung, Kriterien für den Zuschlag und Be-  
wertung der beauftragten Firma**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 1000 vom 6. November 2013).

### **4461. 2013/271**

**Schriftliche Anfrage von Marco Denoth (SP) und 3 Mitunterzeichnenden vom  
10.07.2013:  
Anlieferung des Kehrriechts ins KHKW Josefstrasse und KHKW Hagenholz, Anzahl  
und Herkunft der Fahrten und Möglichkeiten zur Effizienzsteigerung**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 976 vom 30. Oktober 2013).

### **4462. 2013/272**

**Schriftliche Anfrage von Simone Brander (SP) vom 10.07.2013:  
Massnahmen gegen den Schleichverkehr in den Quartieren sowie den Durch-  
gangsverkehr in der Stadt**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 1020 vom 6. November 2013).

**4463. 2013/278**

**Schriftliche Anfrage von Duri Beer (SP) und Peider Filli (Grüne) vom 10.07.2013:  
Ausbau der Betreuungsplätze in den Horten, Auswirkungen auf das betreuende  
Personal und die Qualität der Betreuung**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 978 vom 30. Oktober 2013).

**4464. 2013/175**

**Weisung vom 29.05.2013:  
Grün Stadt Zürich, Quartierpark Pfingstweid mit Parkpavillon und Zwischenaus-  
bau Schulareal, Netto-Objektkredit**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom  
25. September 2013 ist am 1. November 2013 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 20. November 2013.

**4465. 2013/216**

**Weisung vom 12.06.2013:  
Immobilien-Bewirtschaftung, Haus der Demenz beim Pflegezentrum Bombach,  
Zürich-Höngg, Projektierungskredit**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom  
25. September 2013 ist am 1. November 2013 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 20. November 2013.

**4466. 2010/439**

**Weisung vom 06.10.2010:  
Liegenschaftenverwaltung, Erhöhung des Projektierungskredits für den Ersatz-  
neubau Restaurant Fischerstube am Zürichhorn**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom  
25. September 2013 ist am 1. November 2013 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 20. November 2013.

**4467. 2013/59**

**Weisung vom 06.03.2013:  
Liegenschaftenverwaltung, Verkauf von Baurechtsland des ewz in der Gemeinde  
Fällanden an die Baugenossenschaft Brunnenhof Zürich**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom  
25. September 2013 ist am 1. November 2013 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 20. November 2013.

Nächste Sitzung: 13. November 2013, 20.30 Uhr.